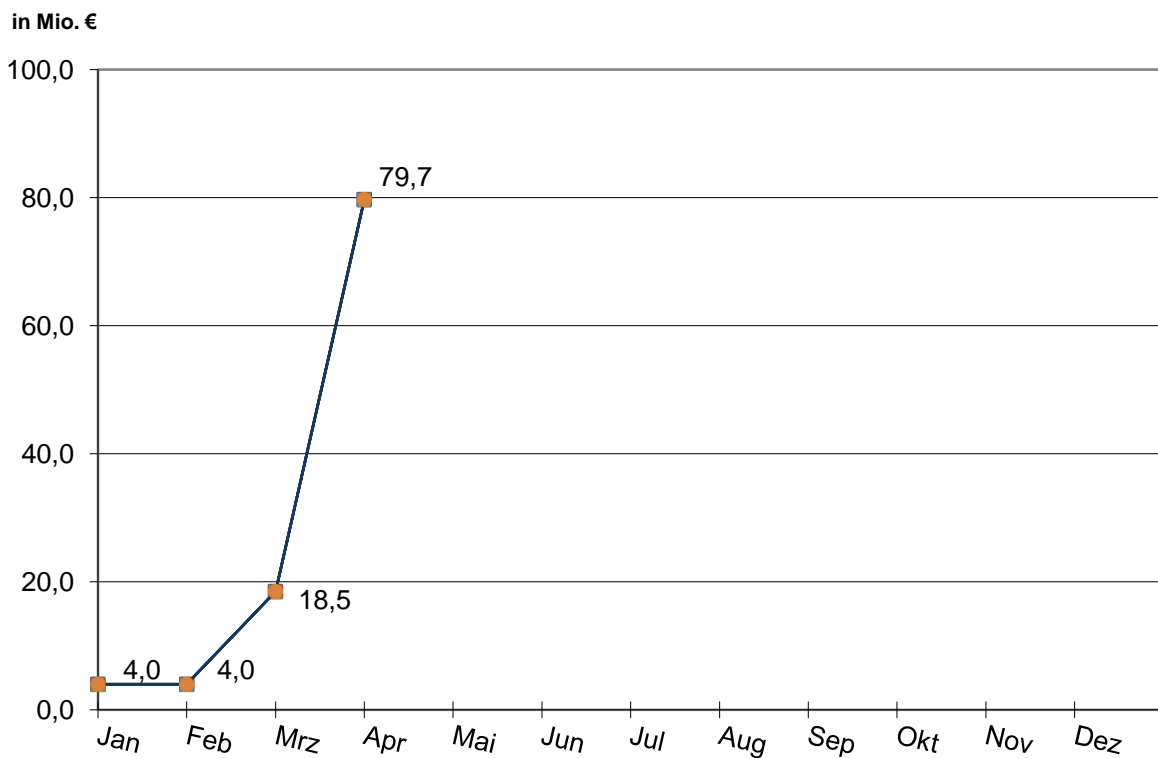


# Jahresergebnisprognose der Stadt Wuppertal

Bericht zum Stand 30.04.2017

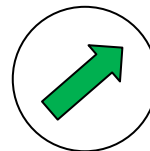
## Jahresverlauf 2017 des prognostizierten Betrages



Vergleich zum Nachtragshaushaltsplan:

Progn. Betrag laut Nachtragshaushaltsplan:

Progn. Betrag des Berichtes vom 30.04.2017:



+4,0 Mio. €

+79,7 Mio. €

+75,7 Mio. €

**Im Vergleich zum letzten Bericht wurden folgende wesentliche Veränderungen aufgenommen (in Mio. €):**

↗	Verbesserung bei der Gewerbesteuer	<b>68,0</b>
↗	Verbesserungen bei den Zinsaufwendungen für Kassenkredite	<b>1,0</b>
↘	Verschlechterungen bei den Hilfen zur Erziehung	<b>-3,8</b>
↘	Verschlechterung im Bereich Zuwanderung und Integration	<b>-4,0</b>

**Im Vergleich zum Haushaltsansatz gibt es im Wesentlichen folgende Verbesserungen bzw. Verschlechterungen (in Mio. €):**

↗	Verbesserung bei der Gewerbesteuer durch eine Einmalzahlung, ausgelöst durch einen Veräußerungsgewinn. Dieser Mehrertrag in Höhe von rd. 68,0 Mio. € ist laut Bezirksregierung ausschließlich zur Verminderung negativer Jahresergebnisse oder zum Abbau von Verbindlichkeiten einzusetzen.	<b>68,0</b>
↗	Verbesserung durch Erstattung vom LVR infolge der Auskehrung der nicht in Anspruch genommenen Rückstellung für den beendeten Rechtsstreit um die Zuständigkeit für Integrationshilfen.	<b>10,7</b>
↗	Verbesserung bei der Landschaftsumlage infolge der Reduzierung des Umlagesatzes auf 16,15%	<b>3,8</b>
↗	Verbesserungen bei den Zinsaufwendungen für Kassenkredite	<b>1,0</b>
↘	Verschlechterungen bei den Hilfen zur Erziehung aufgrund gesteigener Leistungsentgelte (Tariferhöhungen) sowie leicht gesteigener Fallzahlen.	<b>-3,8</b>
↘	Verschlechterung im Bereich Zuwanderung und Integration (bei deutlich geringeren Fallzahlen) aufgrund des höheren Anteils geduldeter Asylbewerber, für die keine Landeserstattungen gewährt werden.	<b>-4,0</b>
<b>Summe der Veränderungen</b>		<b>75,7</b>

### **Chancen und Risiken:**

- Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsen und des sinkenden Kassenkreditbestandes zeichnen sich weitere Einsparungen beim Zinsaufwand ab.
- Verbesserungen beim Gemeindeanteil Einkommensteuer und Umsatzsteuer
- Verbesserungen im Bereich Soziales